

# Josef Schüßlburner

## Sozialismusbewältigung

### 6. Teil: Warum kein Bündnis SPD / NSDAP?

„Wie kommt es eigentlich, daß wir als Sozialisten nicht mit den andern sozialistischen Parteien zusammengehen, sondern uns nun mit den bürgerlichen Gruppen zusammenschließen? Wenn wir das hier erst einmal gemacht haben, dann wird dies auch die Gruppierung der Zukunft sein. Und das ist doch eigentlich nicht richtig!“<sup>1</sup>

#### Warum keine NSDAP-SPD-Koalition?

Die Frage, warum keine Regierungskoalition mit der SPD möglich wäre, stellte sich für die NSDAP bei ihrer ersten Regierungsbeteiligung auf Landesebene, die dann 1930 in Thüringen als sog. *Baum-Frick-Regierung*<sup>2</sup> mit Parteien der politischen Rechten zustande gekommen ist. Chef dieser Regierung war *Erwin Baum* vom politisch rechtsstehenden Landbund; *Wilhelm Frick*<sup>3</sup> von der NSDAP wurde stellvertretender Regierungschef und Staatsminister des Inneren und für Volksbildung und *Wilhelm Kästner* von der ebenfalls rechtsstehenden Wirtschaftspartei<sup>4</sup> als Staatsminister für Wirtschaft und Justiz tätig. Von den als traditionell anzusprechenden Rechtsparteien waren die rechtsliberale DVP und die rechtskonservative DNVP mit jeweils einem Staatsminister in der Regierung vertreten. Der Sturz dieser Regierung wurde aufgrund der Unvereinbarkeit der Positionen von DVP und NSDAP, insbesondere durch eine Art nationalsozialistischen Kampfes gegen rechts, d.h. gegen das deutsche Bürgertum, verursacht, was dann dazu führte, daß das auf Antrag der SPD beschlossene Mißtrauensvotum des Landtags gegen die NSDAP-Minister *Frick* und *Willy Marschler*<sup>5</sup> die Mehrheit fand und damit dieser Koalition aus Rechtsparteien und NSDAP nach knapp über einem Jahr schon ein Ende bereitete.

Die Tatsache der Regierungsbeteiligung der NSDAP mit Parteien der politischen Rechten ist insbesondere der bundesdeutschen „Bewältigung“ das wesentliche Argument, den Nationalsozialismus eindeutig als rechts einzustufen. Allerdings kamen auch keine Koalitionen aus SPD und KPD („Volksfrontbündnisse“) mehr zustande, ohne daß dies zur Schlußfolgerung führt, bei der KPD würde es sich um eine Rechtspartei handeln (erst später als marxistische Gegner des Reformers *Gorbatschow* als „konservativ“ eingeordnet wurden, sollte so nebenbei die DDR-Diktatur als irgendwie rechts insinuiert werden, womit neuerdings auch die Existenz von „Rechtsextremismus“ im früheren DDR-Gebiet „erklärt“ wird). In der Tat handelte es sich bei der erstmaligen Regierungsbeteiligung der NSDAP um eine Weichenstellung insofern, weil dann nur Koalitionen der NSDAP mit Parteien der politischen Rechten machbar erschienen. Als wünschenswert wurde jedoch von NSDAP-Funktionären durchaus eine Koalition mit „anderen sozialistischen Parteien“ angesehen. Die eingangs angeführte Frage, die sich *Fritz Sauckel*, der für Thüringen zuständige NSDAP-Gauleiter selbst gestellt hatte, macht dies deutlich. Warum diese sozialistische Koalition nicht zustande kam, hat dann *Sauckel*<sup>6</sup> selbst wie folgt beantwortet: „Die Sozialdemokraten sehen

<sup>1</sup> S. H.A. Turner (Hg.), Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten 1929-1932, 1978, S. 311.

<sup>2</sup> S. <https://de.wikipedia.org/wiki/Baum-Frick-Regierung>

<sup>3</sup> S. [https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm\\_Frick](https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_Frick)

<sup>4</sup> S. [https://de.wikipedia.org/wiki/Reichspartei\\_des\\_deutschen\\_Mittelstandes](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichspartei_des_deutschen_Mittelstandes)

<sup>5</sup> S. [https://de.wikipedia.org/wiki/Willy\\_Marschler](https://de.wikipedia.org/wiki/Willy_Marschler)

<sup>6</sup> S. [https://de.wikipedia.org/wiki/Fritz\\_Sauckel](https://de.wikipedia.org/wiki/Fritz_Sauckel)

uns als ihre ausgesprochensten Gegner an. Ihre Führer bekämpfen uns mit allen politischen Mitteln und mit persönlichem Haß, wie es eigentlich unbegreiflich sein müßte...“.

Die NSDAP-Funktionäre trösteten sich angesichts der mangelnden Aussicht einer gesamtsozialistischen Regierungsbildung mit der Konzeption, daß gerade ihr Bündnis mit der bürgerlichen Rechten ein erster Schritt zur Bildung der angestrebten sozialistischen Volksgemeinschaft sein könnte, in der sich die traditionelle Linke dann als untergehende Formation herausstellen würde. Die Frage, weshalb eine derartige gesamtsozialistische Koalition unter Einschluß der NSDAP nicht gebildet werden konnte, ist - abgesehen von gemeinsamen sozialistischen Überzeugungen - durchaus auch realpolitisch nicht so fernliegend gewesen, weil bei den parlamentarischen Abstimmungen die Gesamtsozialisten (NSDAP, KPD und SPD) eine große Schnittmenge aufwiesen: Bei 241 namentlichen Abstimmungen im Reichstag und im Preußischen Landtag zwischen 1929 und Ende 1932 hatten etwa KPD und NSDAP in 140 Fällen gleich abgestimmt. „In der 5. Wahlperiode waren sich die beiden extremistischen Parteien sogar nur in acht von 102 Abstimmungen uneins.“<sup>7</sup> Dabei ging es durchaus um zentrale Fragen, welche die bundesdeutsche Bewältigung ideologiepolitisch besonders interessieren mußte, wie etwa die Umsetzung eugenischer Maßnahmen, die ein maßgebendes Anliegen der zeitgenössischen Sozialdemokratie darstellten: Hingewiesen sei auf die Bereitschaft etwa des SPD-Abgeordneten und Staatsanwalts (und späteren bayerischen Ministerpräsidenten) *Wilhelm Hoegner*, im Jahr 1931 bei Fragen der Umsetzung eugenischer Maßnahmen eine Abstimmungsgemeinschaft mit der NSDAP in Kauf zu nehmen, wobei allerdings die SPD-„Reichstagsfraktion Anfang 1932 ihre bis dahin verfolgte Sterilisationspolitik aus Furcht vor dem wachsenden Einfluß des Nationalsozialismus vorerst“<sup>8</sup> aufgab.

Man kann auch deshalb im Sinne des NSDAP-Funktionäre *Sauckel* die Zurückweisung der NSDAP durch die anderen Sozialisten als „unbegreiflich“ einstufen, da es bei Durchführung des zentralen Streiks bei den Berliner Verkehrsbetrieben<sup>9</sup> von 1932 gegen Ende der Republik dann durchaus gesamtsozialistische Aktionen gab, wo auch Plakate erschienen, die kommunistische, nationalsozialistische und sozialdemokratische Arbeiter Schulter an Schulter im Kampf gegen die Bourgeoisie<sup>10</sup> zeigten. Dies sollte nicht verwundern, fand in dieser Zeit ein häufiger Wechsel insbesondere von KPD zur NSDAP statt und die jeweiligen Aktivisten erkannten die sozialistischen Gemeinsamkeiten: Als Beispiel kann etwa *Adolf Eichmann*, der spätere Organisator des Judenmordes, angeführt werden, der seine „gefühlsmäßigen politischen Empfindungen“ selbst als „links“ eingestuft und mit seinen Freunden während der Kampfzeit Nationalsozialismus und Kommunismus als „eine Art Geschwisterkinder“ angesehen hat. Zu den Freunden *Eichmanns* gehört sicherlich die NS-Ikone *Horst Wessel*, der zwar selbst aus nationalistischen, also rechten Wehrverbänden kam, dort aber nicht die Befriedigung seiner politischen Leidenschaft gefunden hatte. Die Nationalsozialisten waren für ihn dagegen keine rechtsradikale völkische Gruppe, sondern nationale Sozialisten und er selbst ist „Sozialist nicht aus Gefühl, sondern aus Vernunft“ geworden. *Hitler* wiederum vermied es, sich der Linken zuzuordnen, hat aber durch nachdrückliche Ablehnung des „nationalen Besitzbürgertums“ deutlich gemacht, nicht als Politiker der Rechten angesehen werden zu wollen. In seinen Monologen fand er, anders als zu den bürgerlichen Parteien, überwiegend positive Worte für die SPD. Die USPD hatte für ihn wegen ihrer revolutionären

<sup>7</sup> S. *Christian Striefler*, Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik, 1993, S. 142.

<sup>8</sup> S. *Michael Schwartz*, „Proletarier“ und „Lumpen“. Sozialistische Ursprünge eugenischen Denkens, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 1994, S. 537 ff., S. 567 f.

<sup>9</sup> S. [https://de.wikipedia.org/wiki/Streik\\_bei\\_der\\_Berliner\\_Verkehrsgesellschaft\\_1932](https://de.wikipedia.org/wiki/Streik_bei_der_Berliner_Verkehrsgesellschaft_1932)

<sup>10</sup> S. dazu eingehend *Klaus Rainer Röhl*, Die letzten Tage der Republik von Weimar. Kommunisten und Nationalsozialisten im Berliner BVG-Streik von 1932, 2008.

Avantgardestellung Modellcharakter. Sein in weltanschaulichen Fragen weigend kongenialer Mitstreiter *Goebbels* nahm jedoch offen für die NSDAP in Anspruch, die „deutsche Linke“ (gemeint: im Unterschied zur internationalistischen) darzustellen. Das bewältigungspolitische Bestreiten des genuinen Sozialismus des Nationalsozialismus hat zuletzt berechtigter Weise *Aly*<sup>11</sup> zurückgewiesen: „Man mag die rassistisch formulierte Gleichheitsidee als pervertiert bezeichnen. Doch zeichnete die Geringschätzung der individuellen Freiheit und das Mißachten der persönlichen Integrität viele Formen des Egalitarismus aus.“ Und: „Die sozialistische Weltanschauung enthielt ein solches Element, die Lehre vom historisch siegreichen Proletariat und von der Bourgeoisie als nichtswürdiger, sterbender Klasse.“

### Das SPD-KPD-NSDAP-Amnestiegesetz („Schleicher-Amnestie“)

Diese gesamtsozialistische Zusammenarbeit, die sich aufgrund derartiger ideologischer Ähnlichkeiten der Sozialismen dann insbesondere im Berliner Verkehrsstreit doch ergab, was mit gemeinsamen Diskussionsveranstaltungen zwischen dem späteren („Linken“) SED-Diktator *Walter Ulbricht* und dem NSDAP-Chefpropagandisten *Joseph Goebbels* einherging, sollte im Deutschen Reichstag noch vertieft werden.



Der spätere DDR-Diktator *Walter Ulbricht* (stehend) und der spätere Propaganda-Minister der NS-Diktatur *Joseph Goebbels* (links sitzend) bei gemeinsamer sozialistischer Veranstaltung am 27. Januar 1931 im Saalbau hinter dem Kino Friedrichshain

In den Kontext des Berliner Verkehrsstreiks und dessen juristischer Abwicklung gehört nämlich das gemeinsam von *Dr. Frick* (NSDAP), *Dr. Breitscheid* (SPD) und *Törgler* (KPD) eingebrachte und dann mit 365 : 143 Stimmen, also mit verfassungsändernder Mehrheit angenommene Amnestiegesetz, das auch noch unter Bezugnahme auf den bei Inkrafttreten des Gesetzes amtierenden Reichskanzler *v. Schleicher* als „Schleicher-Amnestie“ auf den Begriff gebracht worden ist.<sup>12</sup> Dieses in der Tat gegen die Präsidialregierung gerichtete Amnestiegesetz machte deutlich, daß der Versuch des politisch rechts stehenden Präsidialregimes, aufgrund präsidialer Ermächtigung durchaus erfolgreich mit Schnellgerichten gegen hochverräterische Aktivitäten vorzugehen, wegen der „sozialistischen Mehrheit des Reichstags, nämlich KPD, SPD und NSDAP, (die) eine Zweidrittelmehrheit ausmache“, so Reichsinnenminister des „Kabinetts der Barone“<sup>13</sup> *von Gayl* in der Kabinettsitzung vom 9.11.1932, zum Scheitern verurteilt war.

Der Erlaß des als „Schleicher-Amnestie“ fehlbezeichnete Straffreiheitsgesetzes zeigt im übrigen, daß ein Zusammengehen von SPD, KPD und NSDAP selbst auf der gesamtpolitisch

<sup>11</sup> S. *Götz Aly*, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, 2005.

<sup>12</sup> S. *Jürgen Christoph*, Die politischen Reichsamnestien 1918-1933, 1987, S. 323 ff.

<sup>13</sup> S. [https://de.wikipedia.org/wiki/Kabinett\\_Papen](https://de.wikipedia.org/wiki/Kabinett_Papen)

maßgeblichen Ebene nicht völlig auszuschließen war, was die Machtoptionen des Führers der NSDAP hinsichtlich einer Regierungsbeteiligung erheblich erhöht hat:

„So saßen die verfeindeten Bürgerkriegsparteien Anfang Dezember 1932 am Verhandlungstisch, um sich gegenseitig die Amnestie zu bewilligen und den Gefangenenaustausch vorzubereiten. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Hoegner erinnerte sich später, daß diese Verhandlungen in ruhiger und sachlicher Atmosphäre verliefen, ohne daß ein böses Wort fiel. Die Gemeinsamkeit der Interessen scheint Wunder bewirkt zu haben. Dem erstaunten Zeitgenossen boten sich merkwürdige Szenen: der jüdische SPD-Abgeordnete Dr. Marum und der 'Judenfresser' Dr. Frank II von der NSDAP schlenderten einträchtig ins Verhandlungsgespräch vertieft die Wandelhalle des Reichstags auf und ab.“<sup>14</sup>

Nach diesem Amnestiegesetz fielen 76 000 Straftaten aus politischen Beweggründen unter die Amnestie. Davon wurden rund 38 000 bereits rechtskräftig verhängte Strafen erlassen oder gemildert und weitere 38 000 durch das Straffreiheitsgesetz niedergeschlagen. Dazu kamen noch 308 000 Straftaten, die auf die wirtschaftliche Not zurückgeführt wurden. Von diesen wiederum wurden 220 000 Strafen erlassen und 88 000 schwebende Verfahren niedergeschlagen. Dies besagt einiges über die tatsächliche Situation!

Bei dieser Konstellation einer gesamtsozialistischen Option, die dabei aufschien - und auch ein Ermächtigungsgesetz mit einer anderen Mehrheit wohl denkbar erscheinen ließ - war es der politischen Rechten in der Tat nicht mehr möglich, den Nationalsozialismus weiter im Wege des als antiparlamentarisch und damit letztlich als verfassungswidrig einzustufenden Präsidialkabinetts von der Regierung fern zu halten! Schließlich hatten ja 75 % der Wahlberechtigten ihre Stimme Parteien gegeben, die sozialistische Vorstellungen auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Trotz der gegenseitigen, auch mörderischen Bekämpfung der Parteienfunktionäre durch ihre paramilitärischen Verbände, ging es um dieselbe Wähler- und Anhängerschaft. Als wahlstrategischer Vorteil *Hitlers* gegenüber den konkurrierenden Sozialisten sollte sich herausstellen, daß sich doch die Erkenntnis verbreitet hat, daß Sozialismus besser mit Nationalismus als mit Internationalismus verbinden ließ, zumal letzterer unglaubwürdig war, wenn er auf die Vorherrschaft der damals schon diskreditierten Sowjetunion hinauslief. Den Gesetzen der (marxistischen) Dialektik entsprach eher, dem internationalen Kapitalismus mit einem nationalen Sozialismus entgegenzutreten als durch einen internationalistischen, den *Hitler* (innersozialistisch) als „Marxismus“ bekämpfte. Dabei kam dem Nationalsozialismus auch ein latenter Antisemitismus innerhalb der Arbeiterschaft, das von der sozialistischen Hauptströmung verdrängte und parteiamtlich auch bekämpfte Erbe des Frühsozialismus, zugute, das, so *Striefler*, wegen seines als revolutionär empfundenen Ansatzes sogar als ein besonderes Motiv für die später häufig zu beobachtenden Übertritte insbesondere von Kommunisten (wohl weniger von der SPD) zur NSDAP auszumachen ist.

Unter diesen Bedingungen erzwang die verfassungsrechtlich gebotene und von den Parteien, insbesondere vom Zentrum, geforderte Rückkehr zu einer parlamentarischen Regierung aus rechtlich-rechnerischen Gründen eine maßgebliche Regierungsbeteiligung des Nationalsozialismus, sofern man das parlamentarische Regime nicht selbst beseitigen wollte. Dann war allenfalls noch die Frage offen, in welcher Koalition diese Regierungsbeteiligung geschehen sollte. Die maßgebliche mit Drohung einer Präsidentenanklage unterstrichene Forderung des Zentrums nach Rückkehr zu einer parlamentarischen Regierung legt wohl die Annahme nahe, daß das Zentrum eine entsprechende Koalition anstrebte. Mangels Kooperationsbereitschaft der sozialistischen Formationen, die zu einer Selbstblockade des

<sup>14</sup> S. *Christoph*, a. a. O., S. 337 f.

Parlaments geführt hätte, wohl mit einem „österreichischen“ Weg der Demokratieabschaffung durch eine der „demokratischen Parteien“, schien nur die Möglichkeit zu bleiben, es mit einer Koalition der Rechtsparteien mit der NSDAP zu versuchen. Die Ernennung von *Hitler* zum Reichskanzler durch *v. Hindenburg* kann daher als verfassungsrechtlich geboten angesehen werden, es sei denn man hätte ihm erlaubt, über eine Präsidialdiktatur - wie von *v. Schleicher* angestrebt, anders wäre es wohl nicht gegangen - bei weitgehender Ausschaltung des Reichstags zu einem förmlichen Präsidialregime überzugehen. Dem hätte aber die SPD aufgrund ihrer ideologischen Voreingenommenheit (gegenüber einer angeblich drohenden Gefahr einer monarchischen Restauration) noch mehr widersprochen als einer auf eine parlamentarische Mehrheit gestützten Regierung *Hitler*: Sie sah nämlich im Präsidialregime, das von der politischen Rechten ausschließlich für den Zweck eingesetzt worden war (zu welchem denn sonst?), den Nationalsozialismus von der Regierung fern zu halten, die eigentliche Gefahr für die Reichsverfassung!

Den Rechtsparteien ist bei der Koalitionsbildung sicherlich die Illusion vorzuwerfen, „den sozialistischen Revolutionär *Hitler*“ (*Zitelmann*) „einbinden“ zu können. Dies wäre einer Massenpartei wie der SPD vielleicht eher gelungen, aber ihrer Koalitionsbereitschaft, die General *v. Schleicher* im Wege einer Spaltung der NSDAP herbeiführen wollte (was auch illusionär war), stand ihr Haß gegen die NSDAP entgegen. Der Konservative *v. Schleicher* wurde dann bekanntlich im Zuge der „Niederschlagung des Röhms-Putsches“ nebst seiner Ehefrau 1934 ermordet.<sup>15</sup> Dies wird allerdings nie als Argument dafür angeführt, daß die NSDAP schon deshalb keine Rechtspartei sein könne, wenn sie Konservative ermordet. Dabei handelt es sich bei dieser Ermordung (daß *Hitler* diese gebilligt hat, ist wohl eher weniger wahrscheinlich) eindeutig um eine Racheaktion dafür, daß der Konservative *v. Schleicher* alles ihm Mögliche versucht hatte, die NSDAP von der Macht fernzuhalten; gerade deshalb gab es die verfassungsrechtlich sicherlich problematischen Präsidialkabinette, die in der doch gelegentlich einfach absurden bundesdeutschen „Bewältigung“ ziemlich verfehlt als Wegbereiter der NS-Diktatur hingestellt werden (wenngleich zutrifft, daß einige der rechtlichen Instrumentarien der Präsidialkabinette dann auch von der NS-Regierung benutzt wurden).

### **Außenpolitische Loyalitätserklärung der SPD-Fraktion für die Regierung *Hitler* vom 17. Mai 1933**

Der wesentliche Schritt zur NS-Diktatur war dann allerdings noch nicht die führende Regierungsbeteiligung der NSDAP, sondern das auch von den Vorläuferparteien von FDP (vertreten u. a. durch den späteren Bundespräsidenten, den Linksliberalen *Theodor Heuss*) und CDU / CSU in der Reichstagssitzung vom 23. März 1933 mit verfassungsändernder Mehrheit gebilligte Ermächtigungsgesetz, welches auf den 1.4.1937 befristet war und bei genuiner Handhabung (insbesondere Beachtung der Befristung) als etwas verlängerter Notstand vielleicht hätte gerechtfertigt werden können. Gegen dieses verfassungsändernde Gesetz hat sich allerdings die SPD ausgesprochen, was ihr bei den bundesdeutschen Feiern zum 150. Gründungsjubiläum dergestalt zugute gehalten wurde, der SPD die Rolle als „streitbare(r) und unbeugsame(r) Stimme der Demokratie“ zuzubilligen, wie dies die CDU-Kanzlerin ausdrückte, was sie ja ihrer eigenen Partei nicht zugute halten konnte. Hinzuweisen ist dabei noch darauf, daß sicherlich auch die Kommunisten gegen das Gesetz gestimmt hätten, wäre ihnen die Abstimmung möglich gewesen (deren parlamentarischer Ausschluß kann in der Tat gegen die „Legalität“ der Machtübernahme vorgebracht werden), allerdings hätten sie jedenfalls nicht deshalb gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt, um die

<sup>15</sup> S. [https://de.wikipedia.org/wiki/Kurt\\_von\\_Schleicher#Ermordung\\_1934](https://de.wikipedia.org/wiki/Kurt_von_Schleicher#Ermordung_1934)

Demokratie in Weimar zu bewahren (wie die bundesdeutsche „Bewältigung“ langfristig unterstellen dürfte), sondern sie hätten allenfalls zugunsten einer KPD-Diktatur - die dann erst mit der „antifaschistischen“ „DDR“ dieser linken Partei kommen sollte - einem Ermächtigungsgesetz zugestimmt.

Zu früheren Zeiten der Bundesrepublik Deutschland, die noch von einer größeren Kenntnis und größerem Verständnis der Komplexität geschichtlichen Entwicklungen bei Vorliegen problematischer Optionen geprägt war, die sich die Beteiligten nicht aussuchen konnten, was mittlerweile aufgrund der zivilreligiösen „Bewältigung der Vergangenheit“ weitgehend abhanden gekommen zu sein scheint (und auf das moralische Selbsterhöhung hinauslaufende Gefühl, nachträglich bei Imagination völlig freier politischer Optionen auf der richtigen Seite zu stehen, reduziert ist), haben die mit der SPD konkurrierenden bundesdeutschen Parteien dem Vorwurf der SPD, ihre Vorgängerparteien hätten im Unterschied zur SPD dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt, in der Regel mit dem relativierenden Hinweis pariert, daß die verbliebene SPD-Fraktion des Deutschen Reichstags am 17. Mai 1933 unter dem Beifallssturm der anderen Fraktionen, d.h. unter Einschluß der NS-Fraktion und von *Hitler* selbst, eine außenpolitische Loyalitätserklärung zugunsten der Regierung *Hitler* abgegeben hat.

Diese Loyalitätserklärung war dabei schon in der Reichstagsrede von *Otto Wels*, mit der er für die SPD-Fraktion das Ermächtigungsgesetz ablehnte, insofern angelegt, als er als Motiv der SPD-Reichstagsfraktion weniger die Verteidigung von Freiheit und Verfassung nannte, also für die bürgerliche Demokratie eintrat (wie bundesdeutsch-ideologisch nunmehr herausgestellt wird), sondern die Verdienste der Sozialdemokratie im Kampf gegen Versailles und beim Wiederaufbau des Staates nach 1918 hervorhob. *Wels* bediente sich also „der Sprache des Nationalismus.“<sup>16</sup> „So war die Mehrheit der Reichstagsfraktion trotz aller Bedenken bereit, an der Demonstration des 17. Mai mitzuwirken, mochte auch der inzwischen emigrierte *Otto Wels* heftig dagegen opponieren. Als er jedoch die Fraktion per ‚Parteibefehl‘ zum Boykott der Reichstagsitzung vergattern wollte, begehrte sie gegen den alten Chef auf: „Wir brauchen uns vom Ausland her keine Vorschrift machen zu lassen.“<sup>17</sup>

Mit dieser außenpolitischen Loyalitätserklärung der restlichen SPD-Fraktion wurde die Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes im Ergebnis politisch revidiert! Die außenpolitischen Erfolge des *Hitlerregimes*, die bald einsetzten, nämlich die Beseitigung des Versailler Vertrags (gegen den ja auch die SPD nach *Wels* gekämpft hatte), die schließlich zum britischen Flottenpakt mit *Hitler* führte, mußte als nachträgliche Rechtfertigung und ausländische Absegnung für die Diktatur erscheinen, da das westliche Ausland (bundesideologisch: westliche Wertegemeinschaft) dieser deutschen Diktatur nunmehr gewährte, was man der Weimarer Republik und damit der deutschen Demokratie entschieden verwehrt hatte. Diese Erfahrung überzeugte zumindest bis 1940 (militärischer Sieg über Frankreich) ehemalige SPD-Wähler und -anhänger, so daß Informanten der Sopade (Exil-SPD) bereits 1935 feststellen mußten, daß die Arbeiter „stark vom Hitlerismus besessen“ wären, wobei den Informanten vor allem auffiel, „daß die früher indifferent gewesenen Arbeiterschichten heute noch die willensesten Gefolgsleute des Systems und die Gläubigsten des Hitlerkultes sind.“ Schon 1934 hatte ein Informant der Sopade feststellen müssen, daß „stimmungsmäßig die Regierung über die meisten Anhänger in der Arbeiterschaft verfügt“ und gerade „das Verhalten der Arbeiter dem Faschismus gestattet,

---

<sup>16</sup> S. im Einzelnen bei *Heinz Höhne*, „Gebt mir vier Jahre Zeit“. *Hitler und die Anfänge des Dritten Reiches*, 1996, 202 ff. m.w.N.

<sup>17</sup> S. *Höhne*, ebenda, S. 202 f.

sich immer mehr darauf zu stützen“. An zahlreichen Fahnen sei, wie *Zitelmann* ausführt, zu sehen, „daß das Hakenkreuz über Hammer und Sichel genäht“ ist.

### **Innenpolitische Einbindung ehemaliger sozialdemokratischer Wähler**

Damit mußte die Exil-SPD anerkennen, daß *Hitler* ziemlich schnell dabei war, das mit der Parteibezeichnung „Deutsche Arbeiterpartei“ unter der Flagge des nationalen Sozialismus angestrebte Ziel zu erreichen, die deutsche Arbeiterschaft, also vormalige SPD- und KPD-Wähler als seine eigentliche solide Machtbasis aufzubauen. Letztlich stellte sich der Wechsel von dem einen zum anderen Sozialismus dann doch nicht so schwer dar, was eben dazu geführt hat, daß nach der „Machtübernahme“ die organisierte Arbeiterschaft nahtlos in „Hitlers Volksstaat“ integriert werden konnte. Ehemalige Kommunisten und auch SPD-Leute brauchten dazu nur „proletarisch“ durch „deutsch“ zu ersetzen und die Weltanschauung stimmte bereits. Am 1. Mai 1933, der auch von SPD-Seite noch frei begangen werden konnte, war von Seiten des sozialdemokratisch dominierten Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) dargelegt worden, daß dieser Tag kein Tag der Niederlage, sondern des Sieges der Arbeiterklasse sei, weil damit die Einordnung der Arbeiterschaft in die Nation, dieses eigentlichen Ziels des Klassenkampfes, endlich besiegelt würde: „Vom Nationalsozialismus unterscheidet uns (gemeint: Gewerkschafts-SPD, *Anm.*) keine andere Rangordnung der Werte Nation oder Sozialismus, sondern lediglich eine andere Prioritätsordnung. Wir wollen erst den Sozialismus, um die Nation zu gestalten. Der Nationalsozialismus forderte und verwirklichte jetzt die Einheit der Nation, um auf diesem breiten und festen Fundament den deutschen Sozialismus aufzubauen.“<sup>18</sup>

*Hitlers* interne Wertschätzung der Sozialdemokratie ist ja noch viel größer gewesen als nach außen ausgedrückt: „Nun komme ich zu den *Sozialdemokraten*. Da finden wir die große Masse des braven, strebsamen, fleißigen deutschen Volkes ..., die ich so in mein Herz geschlossen habe, die ich liebe, mit der ich mich eins fühle, verwachsen bis in die letzten Fasern... Diese große, ungeheure Masse des Volkes, sie ist eigentlich das Volk selbst.“ *Hitler* meinte allerdings, die Sozialdemokraten hätten falsche Führer. Dafür machte er „die törichten Rechtspolitiker“ verantwortlich (denen er sich damit zurechnete?), die es abgelehnt hätten, die Bruderhand gegenüber den Sozialdemokraten auszustrecken, um sich ihnen als Führer anzubieten, anstatt sie als Knechte zu behandeln. Deshalb hätten sich diese „besten deutschen Menschen“ unter falsche Führung begeben müssen, was aber nicht ihre Schuld gewesen wäre. *Hitler* wollte erkennbar deren Führer sein und dabei nicht als „törichten Rechtspolitiker“ erscheinen. Daß sein Regime aufgrund der ihn zur Anpassung zwingenden „Legalitätstaktik“ den Anschein einer Art Rechtsdiktatur machte, hat *Hitler* schließlich selbst am meisten gestört. Er hat nämlich sein absehbares Scheitern am 24.02.1945 darauf zurückgeführt, vergessen zu haben, „auch den Schlag gegen rechts zu führen. Das ist unsere größte Unterlassungssünde.“

Zur Integration der ehemaligen SPD- und KPD-Wähler verabschiedete die NS-Diktatur zahlreiche Reformgesetze, die von der SPD-geführten Bürokratie der Weimarer Republik ausgearbeitet, aber dann wegen der politischen Handlungsunfähigkeit nicht umgesetzt waren. „Die Grundlagen der EU-Agrarordnungen, das Ehegattensplitting, die Straßenverkehrsordnung, die obligatorische Haftpflichtversicherung für Autos, das Kindergeld, die Steuerklassen oder auch die Grundlagen des Naturschutzes stammen aus jenen Jahren“, so

---

<sup>18</sup> So *Walther Pahl*, Leiter der Zentralstelle für den Freiwilligen Arbeitsdienst und bedeutsamsten Vertreter dessen, was Stefan Vogt, Nationaler Sozialismus und Soziale Demokratie. Die sozialdemokratische Junge Rechte 1918-1945, 2006, S. 377 f. als „junge Rechte“ fehl bezeichnet.

*Aly*. Hinzu kommen die Gewährleistung des Arbeitsurlaubs und der Vollstreckungsschutz, der zu Kriegsbeginn zu einem absoluten Pfändungsverbot bei Familien von Einberufenen führte. Der entschlossene Egalitarismus des NS-Regimes kommt neben der erheblichen Verbesserung der sozialen Aufstiegschancen in der Steuermilde für die Massen zum Ausdruck, die mit Steuerhärte gegen die Bourgeoisie einherging. Neben zahlreichen weiteren Programmen, die nach dem „Endsieg“ hätten verwirklicht werden sollen, um „aus Deutschland den ersten wahren Sozialstaat“ zu machen, ist das Rentenkonzept zu nennen, wie es 1957 dann in der Bundesrepublik verwirklicht wurde.

Das wesentlichste Anliegen der Innenpolitik war für *Hitler* in der Tat, den mit der gewollten Integration von SPD und KPD-Wählern verbundenen Erwartungen zu entsprechen, während etwa der Mittelstand in seiner Überlegungen nur eine untergeordnete Rolle spielte. Die von *Aly* umfassend geschilderte Sozialpolitik ermöglichte *Hitler* als der große Integrator zu erscheinen, der nie die absolute weltanschauliche Gefolgschaft eines kommunistischen Regimes einforderte und sich zu Friedenszeiten mit 7.000 Gestapo-Mitarbeitern begnügen konnte, um 60 Millionen zu kontrollieren, während, wie *Aly* errechnet, die DDR zur Kontrolle von 17 Millionen Einwohnern 190.000 hauptamtliche und ebenso viele nebenamtliche Stasi-Leute benötigte.

### **Volksentscheid an der Saar und die Bedeutung der Saarfrage zur Bestimmung des NS...**

Die Tatsache, daß die Beobachtung von Informanten der Exil-SPD hinsichtlich der Arbeiterschaft als Machtbasis des NS-Regimes eine zutreffende Einschätzung war, kann an dem unter der Ägide des Völkerbundes frei durchgeführten Volksentscheid im Saarland vom 13. Januar 1935 belegt werden: 90,8 Prozent der Saarländer votieren für den Anschluß<sup>19</sup> an das von *Hitler* regierte Deutsche Reich, 8,8 Prozent für die Selbständigkeit der Saar (sog. Status quo) und 0,4 Prozent für den Anschluß an Frankreich. Dabei waren die Exil-SPD und der saarländische SPD-Vorsitzende *Max Braun* für den Status quo (Fortsetzung des Völkerbundregimes bis zur Beseitigung des *Hitler*regimes) eingetreten. Die SPD hatte kalkuliert: Bei den Landesratswahlen von 1932<sup>20</sup> hatten 32,7 Prozent für SPD und KPD gestimmt und knapp 6 % für linke Splittergruppen. Stellte man in Rechnung, daß sich bei der katholischen Bevölkerung des Saarlandes, die - wie katholisch geprägte Gebiete insgesamt - am meisten *Hitler*-resistent war, große Unmut wegen antikatholischer Maßnahmen im Reichsgebiet gezeigt hatte, dann schien die Taktik, über die Saarabstimmung dem *Hitler*regime eine (gewissermaßen) Wahniederlage beizubringen, auf Anhieb nicht unrealistisch. Allerdings gingen in Prag, Sitz der Exil-SPD, körbewise Briefe ein, in denen sich SPD-Anhänger für die Eingliederung des Saarlandes aussprachen. Der ehemalige SPD-Innenminister von Preußen, *Carl Severing*,<sup>21</sup> bot *Hitler* sogar an, einen Aufruf zugunsten der Deutschen Front zu veröffentlichen. Dies lehnte dieser mit der späteren Begründung ab: „Es hätte so ausgesehen, als hätte ich mir dies erkaufte.“ Dieser Aufruf war auch gar nicht erforderlich, da zwei Drittel der SPD- / KPD-Wähler ihren Parteien durch innere Zuwendung zur Ideologie des nationalen Sozialismus davongelaufen waren. Die Kluft zwischen Exil-SPD und der sozialdemokratischen Anhängerschaft in Deutschland war damit unüberbrückbar geworden: „Hunderttausende von Arbeitern jubelten mit dem Regime und ließen sich im Strom der nationalen Siegesfeiern treiben“. Dies war eine wesentliche Voraussetzung, daß sich „so etwas wie eine Affinität sozialdemokratischer Arbeiter zu *Hitler*“ einstellte, „die auch

<sup>19</sup> S. [https://en.wikipedia.org/wiki/Saar\\_status\\_referendum,\\_1935](https://en.wikipedia.org/wiki/Saar_status_referendum,_1935) es wird auf die englischsprachige Version von Wikipedia verwiesen, da sich bundesdeutsche Beiträge durch Hetze gegen Deutsche auszeichnen.

<sup>20</sup> S. <http://www.gonschior.de/weimar/Saargebiet/LT4.html>

<sup>21</sup> S. [https://de.wikipedia.org/wiki/Carl\\_Severing#Leben\\_in\\_der\\_Zeit\\_des\\_NS-Regimes](https://de.wikipedia.org/wiki/Carl_Severing#Leben_in_der_Zeit_des_NS-Regimes)



umgekehrt zutraf.<sup>22</sup> Damit wurde es gewissermaßen Selbstverständlichkeit, daß man mit Auslaufen der Geltungsdauer des Ermächtigungsgesetzes am 1.04.1937 nicht zur verfassungsmäßigen Normalität zurückkehrte, sondern das Ermächtigungsgesetz ohne großen Protest einfach verlängert hat: Die erste sozialistische Diktatur auf deutschem Boden war damit endgültig etabliert.

### **... Sozialismus als Instrument der antikapitalistischen nationalen Befreiung und ...**

Auf die Saarfrage muß auch deshalb eingegangen werden, weil diese Problematik, trotz des relativ geringen Stimmenanteils des Nationalsozialismus im katholischen Saarland selbst, die Erfolgsaussichten eines Nationalsozialismus bei einer zeitgenössischen internationalen Bewertung einzuordnen erlauben. Es tut sich hier aufgrund des kolonialähnlichen Charakters des Saargebiets, das als *pars pro toto* für Deutschland unter dem Regime des Versailler Ausplünderungsvertrags insgesamt wahrgenommen werden konnte, die Verwandtschaft des deutschen Nationalsozialismus mit dem sozialistischen Befreiungsnationalismus der zeitgenössischen antikolonialen Bewegungen in den von den westlichen Imperialmächten (den „liberalen Demokratien des Westens“ gemäß Werteordnungsvokabulars) beherrschten Gebieten der später sogenannten Dritten Welt auf. Im Kontext einer als liberal-kapitalistischen verstandenen Herrschaft, die den Kolonialgebieten trotz des als Weltkriegsparole verkündeten Selbstbestimmungsrechts der Völker die in den Machtzentralen verkündete Demokratie verwehrte, mußte der Sozialismus / Antikapitalismus als Instrument der nationalen Unabhängigkeit erscheinen und es wurde umgekehrt Nationalismus als Voraussetzung eines Sozialismus: Es lag also genau die Konstellation vor, die im Rahmen des Versailler Friedensdiktats und der darauf gestützten internationalen Verschuldung Deutschlands, auf die dann die durch die Weltwirtschaftskrise entstandene Verelendung zurückgeführt werden konnte, dem Nationalsozialismus, schließlich die Vorteile gegenüber den konkurrierenden Internationalsozialismen verschaffen sollte.

Bekanntlich ist das Saarproblem entstanden, weil die von der Kolonial- und Imperialmacht (der liberalen Demokratie des Westens) Frankreich angestrebte offene Annexion eines der damals wichtigsten deutschen Industrieregionen aufgrund des Widerstands der USA nicht durchsetzen konnte. Dies hätte doch zu offen dem gerade verkündeten Selbstbestimmungsrecht der Völker widersprochen, das in der Kriegspropaganda der USA im Interesse der Zerschlagung der Donaumonarchie als maßgebenden Kriegsverbündeten des Deutschen Reiches eine entscheidende Rolle gespielt hatte. Das Saarland war ja unzweifelhaft deutsch und hatte als politische Größe überhaupt nicht existiert. Der Verzicht auf die offene Annexion hatte dann auch noch den Vorteil, daß damit die Kriegsentschädigung erhöht werden konnte, weil der Wert des faktisch, aber nicht formell annektierten Gebiets dann bei der Berechnung der Kriegsentschädigung nicht in Ansatz gebracht werden mußte. Das Modell bildete das in die Völkerbundsatzung integrierte Mandatssystem, das man für die ehemaligen deutschen Kolonien vorsah: Wenn diese förmlich annektiert worden wären, wäre ihr Wert von der zu zahlenden Kriegsentschädigung abzusetzen gewesen. So nahm man diese Gebiete in Besitz, um anstelle der (noch?) unter Vormundschaft zu stellenden Kolonialbevölkerung das Selbstbestimmungsrecht auszuüben. Die Mandatsmächte mußten diese Gebiete dann mit einer Begründung übernehmen, die vermied, daß sie als Folge des Selbstbestimmungsrechts ihre eigenen Kolonialgebiete in die Unabhängigkeit hätten entlassen müssen. Das Mandatssystem war insoweit Ergebnis einer raffinierten westlichen Machtpolitik (die es nach der bundesdeutschen Werte-Ideologie gar nicht geben dürfte), da man bei Errichtung dieses internationalisierten Regimes behaupten konnte, die deutschen Kolonien wären nicht

---

<sup>22</sup> S. Höhne, a.a.O., S. 360.

annektiert worden. Wären sie nach dem System des klassischen Völkerrechts annektiert worden, hätten die Deutschen eine Reduzierung der Kriegsentschädigung verlangen können.<sup>23</sup>

Dieser Gesichtspunkt war auch für das im Saargebiet eingeführte Regime maßgebend. Auch hier konnte man behaupten, daß eine Annexion zumindest gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung nicht beabsichtigt sei, was dadurch belegt würde, daß eine Volksabstimmung über den endgültigen Status festgelegt wurde. Unter Anlehnung an Mandatskonstruktionen für die ehemaligen deutschen Kolonialgebiete wurde das Saargebiet entsprechend den Aussagen im Versailler Vertrag, welcher als „Verfassung des Saarbeckens“<sup>24</sup> bezeichnet werden kann, von einem vom Völkerbundesrat eingesetzten fünfköpfigen Ausschuß regiert, der unbeschränkte Regierungsvollmachten besaß, weil eine wirksame parlamentarische Kontrolle fehlte. Diese konnte nicht durch internationale Kontrollen ersetzt werden, zumal die Siegermächte die internationale Organisation beherrschten, gegen die sich Beschwerden gerichtet hätten. Zwar wurde 1922 ein sog. Landrat als Parlamentsersatz geschaffen, der von der deutschen Bevölkerung des Saargebietes gewählt<sup>25</sup> worden ist, die deutsche Staatsangehörige blieben (und deshalb an den Wahlen zur verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung teilgenommen hatten), aber an den Reichstagswahlen nicht weiter teilnehmen durften, womit ihnen - aus kapitalistischen Gründen, wie Sozialisten argumentieren konnten - das aus der Staatsangehörigkeit fließende maßgebliche demokratische Recht verwehrt wurde. Dieser Landrat besaß nämlich nicht die üblichen parlamentarischen Befugnisse wie Gesetzgebung und Finanzkontrolle und durfte auch seinen Präsidenten nicht selbst wählen, welchem sonst die Funktion eines demokratisch legitimierten Landessprechers hätte zuwachsen können. Die Mitglieder des Landrates durften Stellungnahmen abgeben, über die sich die Kommission jedoch in den entscheidenden Punkten hinwegzusetzen pflegte. Die Landratsmitglieder genossen keine parlamentarische Immunität, d. h. es handelte sich beim Landrat um eine internationale Gemeindeverwaltung. Die internationale Kommission machte sich ständig schwerster Eingriffe in die Presse- und Versammlungsfreiheit zuschulden, so waren Zeitungsverbote an der Tagesordnung und sogar Karnevals- und Begräbnisveranstaltungen waren strengsten Kontrollen unterworfen.

### **... die Verwandtschaft des deutschen Nationalsozialismus mit dem sozialistischen Befreiungsnationalismus der Dritten Welt**

Bei dieser Konstellation einer Verweigerung substantieller demokratischer Rechte zum Zwecke einer internationalen kapitalistischen Ausbeutung mußte ein deutscher Sozialist so argumentieren wie seine Genossen in der später so genannten Dritten Welt. Diese Ähnlichkeit von Drittweltsozialismus mit dem deutschen Nationalsozialismus war führenden Nationalsozialisten durchaus bewußt, auch wenn dies *Hitler* selbst nicht behagen wollte. Er fühlte sich deshalb veranlaßt, sich von dem nationalen Sozialismus der antikolonialen Unabhängigkeitsbewegungen abzugrenzen, indem er etwa am 24.05.1930 bekundete: „Unser Freiheitskampf ist die Wiederherstellung der Freiheit eines Volkes, das rassisch und damit

---

<sup>23</sup> Diesen Zusammenhang hat der damalige amerikanische Außenminister *Lansing* deutlich gemacht: „If the colonial possessions of Germany, had, under the old practice, been divided among the victorious powers and had been ceded to them in full sovereignty, Germany might justly have asked that the value of any such territorial cessions be applied on any war indemnities to which the Powers were entitled. Thus under the mandates system Germany lost her territorial assets, which might greatly reduced her financial debt to the Allies, while the latter obtained the German colonial possessions without the loss of any of their claims for indemnity. In the actual operation the apparent altruism of the mandatory system worked in favour of the selfish and material interests of the Powers which accepted the mandates“, zitiert bei *Crockham*: South West African Mandate, 1976, S. 48.

<sup>24</sup> S. <http://www.verfassungen.de/de/saar/saarland20.htm>

<sup>25</sup> S. zu den Wahlen im Saarland: [http://www.gonschior.de/weimar/Saargebiet/Uebersicht\\_LTW.html](http://www.gonschior.de/weimar/Saargebiet/Uebersicht_LTW.html)

wertmäßig seinen heutigen Besiegern zumindest gleich, wenn nicht zum Teil sogar überlegen ist. Der Freiheitskampf des Schwarzen, Indier usw. ist der Versuch der Durchbrechung einer natürlichen Rangordnung der Rassen entsprechend ihren inneren Werten.“<sup>26</sup> Damit wird deutlich, wie nahe *Hitler* an eine Selbstverortung seines National-Sozialismus mit dem sozialistischen Befreiungsnationalismus der später so genannten „Dritten Welt“ herankam, auch wenn er selbst die daraus sich ergebenden Folgerungen wie auch die offensichtlich in NS-Kreisen verbreitete - und im ideologischen Kontext des Nationalsozialismus eigentlich naheliegende - „Gandhi-Verzückung“ mit *Rosenberg* als „rassische Perversität“<sup>27</sup> zurückwies. In dieser Frage gab es allerdings einen „grundsätzlichen Dissens zwischen dem proenglischen Rassendogmatiker *Hitler* und dem antiwestlichen Revolutionär *Goebbels*“,<sup>28</sup> der in diesem Punkt dem sog. „NS-Linken“ *Otto Strasser* folgend ein antiwestliches Bündnis auf Seiten der kolonialisierten Völker anstreben wollte. Sie kämpften nämlich, so die Einsicht<sup>29</sup> von *Goebbels*, „für ihre Freiheit nicht unter dem Rufe: es lebe die dritte Internationale, sondern unter dem Rufe `China den Chinesen´.“ „Derselbe Kampf ist entbrannt in Indien. Es lohnen die Freiheitsfeuer den Chinesen!“ Dementsprechend stellte „Deutschland den Deutschen“ die maßgebliche sozialistische Parole dar.

### Ein Blick auf das zeitgenössische Österreich

Der Versailler Vertrag verstieß auch insofern gegen das als Weltkriegsparole verkündete Selbstbestimmungsrecht der Völker als er den Österreichern den gewünschten und nach deutschem Verfassungsrecht vorgesehenen Anschluß an das Deutsche Reich verwehrt hat. Damit stand die internationale Ordnung der imperialen Siegermächte (der liberalen Demokratien des Westens) einer Forderung entgegen, welche zurückgehend auf die Anfangszeiten der deutschen Demokratie ein wesentliches Anliegen deutscher Demokraten gewesen war (auch wenn sich die BRD-Demokratie von dieser deutschen demokratischen Tradition im Interesse der Unterordnung unter westliche Werte verabschieden sollte). Dementsprechend erfüllte sich beim Anschluß von Österreich unter dem Zeichen des Nationalsozialismus im Jahr 1938 endlich den Traum der Revolution von 1848 / 49 und damit ein politisch linkes und somit auch sozialistisches Anliegen der Deutschen. Hinsichtlich dieses Anschlusses kann natürlich behauptet werden, die Volksabstimmung zugunsten dieses in der Weimarer Reichsverfassung vorgesehenen Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich wäre nicht frei gewesen. Man geht aber nicht fehl in der Annahme, daß bei freien Verhältnissen in etwa ein „saarländisches Ergebnis“ erreicht worden wäre. Die Rolle von *Carl Severing* hat dabei unaufgefordert der maßgebliche österreichische Sozialdemokrat *Karl Renner*<sup>30</sup> übernommen. Auch hier hat die internationale Machtordnung (die liberalen Demokratien des Westens) schließlich doch (noch) ein deutsches Anliegen akzeptiert, welches der deutschen (und österreichischen) Demokratie verweigert worden war: Auch dies mußte als internationale Legitimation der Diktatur durch die westliche Werteordnung verstanden werden.

Von dieser speziellen Problematik abgesehen ist der Blick auf das zeitgenössische Österreich deshalb sehr erkenntnisfördernd, weil dabei belegt werden kann, daß die Demokratie der Weimarer Republik auch ohne eine nennenswerte NSDAP (Verbot einer derartigen Partei in Österreich am 19. Juni 1933) oder KPD (Verbot einer derartigen Partei in Österreich am 26.

<sup>26</sup> S. Nachweis bei *Enrico Syring*, *Hitler - Seine politische Utopie*, 1994, S. 193.

<sup>27</sup> S. *Rolf Peter Sieferle*, *Indien und die Arier in der Rassentheorie*, in: *Zeitschrift für Kulturaustausch*, 1987, S. 444 ff., S. 457.

<sup>28</sup> So *Ulrich Höver*, *Joseph Goebbels. Ein nationaler Sozialist*, 1992, S. 233 ff.

<sup>29</sup> S. *Höver*, ebenda.

<sup>30</sup> S. [https://de.wikipedia.org/wiki/Karl\\_Renner](https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Renner)

Mai 1933) hätte untergehen können, was wohl auch eine Einschätzung der Einstellung der entsprechenden Parteiformationen im zeitgenössischen Deutschen Reich erlaubt. In Österreich wurde nämlich die Demokratie durch die Christlichsoziale Partei Österreichs im Wege der sogenannten „Selbstausschaltung des Parlaments“, wie die Formel von Bundeskanzler (Diktator) *Engelbert Dollfuß* gelautet hat, am 4. März 1933 abgeschafft. Auch wenn sich dabei die christlichsoziale Richtung bei der Diktaturbegründung durchgesetzt hat, so ist doch nicht zu verkennen, daß gerade bei der Sozialdemokratie grundsätzlich Diktaturbereitschaft mit Bürgerkriegsoption vermutet werden konnte. Für die Republik Österreich war kennzeichnend (wobei sich die Situation im Deutschen Reich wohl nicht so sehr davon unterschied), daß sich das Gewaltmonopol des Staates als äußerst prekär darstellte, da man die erhebliche Beschränkung des (staatlichen) Heeres durch die alliierte „Friedensordnung“ durch Duldung von Privatarmeen, wie den sozialdemokratischen „Republikanischen Schutzbund“ und den weniger parteigebundenen Heimwehren, entgegenwirkte. Damit konnte jedoch im Laufe der Entwicklung der Sozialdemokratie, die sich ohnehin als revolutionäre Partei verstand, unterstellt werden, doch mit der Revolutionsoption zu spielen, wofür plausibel angeführt werden konnte, daß die sozialdemokratische Diktaturoption im Linzer Programm der SPÖ formuliert war, wo explizit davon die Rede war, daß sich „die Arbeiterklasse gezwungen“ sehen könnte, „den Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der Diktatur zu brechen.“<sup>31</sup>

Diese Aussage in einem sozialdemokratischen Parteiprogramm ist deshalb bemerkenswert, weil es die Sozialdemokratie ansonsten vermied, den Begriff „Diktatur“ offiziell aufzunehmen; vielmehr gehörte die marxistische Konzeption „Diktatur des Proletariats“ als Bestandteil der marxistischen Doktrin eher zu den - im Sinne des bundesdeutschen „Verfassungsschutzes“ gesprochen - „geheimen“ Programmzusätzen der zeitgenössischen Sozialdemokratie. Allerdings konnten die parteipolitischen Gegner, also die Christlichsoziale Partei, legitimer Weise davon ausgehen, daß von dieser sozialdemokratischen Diktaturoption doch Gebrauch gemacht werden könnte, berücksichtigt man die politische Argumentation der damaligen Sozialdemokratie, wie sie etwa vom maßgeblichen Austromarxisten *Otto Bauer*<sup>32</sup> gepflegt worden ist: Dessen Aufrechterhaltung der marxistischen Position unter den geänderten Umständen einer von der Sozialdemokratie befürworteten Republik lief nämlich auf die Annahme hinaus, daß die „bürgerliche Demokratie“ immer noch keine Volksherrschaft sei, weil „die Macht der Bourgeoisie über die Presse, über die Kanzel, über den Wahlapparat es ihr ermöglicht, den Ausgang der Wahlen zu bestimmen, daß die aus allgemeinen Wahlen hervorgehende Regierung zur Klassenregierung der Bourgeoisie, zur Regierung einer Minderheit des Volkes wird. Darum zieht sich durch die ganze revolutionäre Bewegung, die der große Krieg hervorgerufen hat, überall der Kampf der Arbeiterklasse gegen die bloß parlamentarische Demokratie“.<sup>33</sup> Diese zeitgenössisch durchaus maßgebende sozialdemokratische Position bringt die Vorstellung zum Ausdruck, daß zwar eine SPD oder SPÖ etc. regieren mag, „das Kapital“ aber herrscht, so daß zur Verwirklichung der „wahren Volksherrschaft“<sup>34</sup> doch die Revolutionsoption virulent bleiben mußte, weil sich das als solches aufrechterhaltene „Endziel“ des Kommunismus rein parlamentarisch letztlich doch nicht verwirklichen lasse.

<sup>31</sup> S. [https://de.wikipedia.org/wiki/Linzer\\_Programm\\_\(Sozialdemokratie\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Linzer_Programm_(Sozialdemokratie)) wo diese Formulierung nicht zitiert ist; allerdings bei: <http://www.dasrotewien.at/linzer-programm.html>

<sup>32</sup> S. [https://de.wikipedia.org/wiki/Otto\\_Bauer](https://de.wikipedia.org/wiki/Otto_Bauer)

<sup>33</sup> Diese Position des maßgeblichen österreichischen Sozialdemokraten *Otto Bauer* ist zitiert bei *Norbert Leser*, *Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis*, 1968, S. 117; s. insbesondere S. 127 ff.: Beginn einer Rechtfertigungsideologie, Bauers Dilemma - Dilemma des Marxismus, Manipulierbare historische Notwendigkeit.

<sup>34</sup> S. dazu auch den 2. Teil der vorliegenden Sozialismusbewältigung zur totalitären Demokratiekonzeption der sozialistischen Linken: <http://links-enttarnt.net/?link=kommunikation&id=144>

Was dabei mit dem (sozialdemokratisch-kommunistischen) „Endziel“ gemeint war, das dann wohl doch nicht ganz auf parlamentarischen Wege erreicht werden konnte, ließ sich den Aussagen dieses maßgeblichen österreichischen Sozialdemokraten entnehmen, der noch 1931 die Notwendigkeit der stalinistischen Diktatur für den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion bejahte und die „stählerne Diktatur über die Partei selbst“ als unumgänglich ansah: „Diese ganze beispiellose Umwälzung (des sowjetischen 5-Jahresplans, *Anm.*) vollzieht sich unter einer terroristischen Diktatur und kann sich nur unter ihr vollziehen. Nur eine terroristische Diktatur kann ein Volk von 150 Millionen zwingen, um einer größeren Zukunft willen, so schwere Entbehungen in der Gegenwart auf sich zu nehmen.“ Wer meint, daß damit lediglich eine theoretische Grundposition ausgedrückt worden wäre, sei auf einen Artikel des Mitstreiters von *Otto Bauer*, nämlich *Max Adler*,<sup>35</sup> verwiesen: „... es liegt in der Hand des Proletariats, aus dieser (gerade anstehenden, *Anm.*) Wahl einen revolutionären Akt zu machen, sie wird eine Rekrutierung für die sozialistische Umwälzung sein.“

Damit konnten die politischen Gegner der SPÖ sehr wohl an der Verfassungstreue der Sozialdemokratie zweifeln und in der Aufstellung eines Republikanischen Schutzbundes die Option erkennen, den von der Sozialdemokratie propagierten Sozialismus gegebenenfalls, zumindest wenn sich dies als „Verteidigung der Republik gegen die bürgerliche Reaktion“ propagandistisch zur Wahrung des guten Gewissens verkaufen ließe, doch auch mittels Revolution, d.h. Bürgerkrieg und damit diktatorisch umzusetzen. Die Tatsache, daß dann der aufgrund der christlichsozialen Diktatur dann vielleicht doch gerechtfertigte Aufstand nicht von der Gesamtheit der Sozialdemokratie mitgetragen wurde, empfanden viele ihrer Anhänger dann als „Versagen“ der SPÖ. Dies führte dann dazu, daß die am meisten entschlossenen „Schutzbündler“ schnell zu den sich zwischenzeitlich in Österreich bildenden NS-Kampfverbänden fanden.<sup>36</sup>

Da sich NS-Leute und SPÖ-Leute dann auch in den „Anhaltelagern“ der christlichsozialen Diktatur näher kennen lernten, konnte sehr schnell zwischen ihnen das Verständnis erreicht werden, daß „die Christlichen“ der gemeinsame Feind von Nationalsozialisten und Sozialdemokraten seien. Die dabei sich einstellende Sympathie erleichterte maßgeblichen Sozialisten den Übergang zum wohl doch ideologisch irgendwie verwandten Nationalsozialismus und wiederum nach dem Weltkrieg die Rückkehr zur Sozialdemokratie, so daß von zahlreichen „braunroten Karrieren“ gesprochen werden kann: So waren 1948 ca. 70 % der Mitglieder des *Bundes Sozialistischer Akademiker* (BSA) „Ehemalige“, „was den wissenden *Bruno Kreisky* veranlaßt haben mochte, in seinen Memoiren darüber zu witzeln, daß 'von boshafte[n] Leuten BSA als B-SA ausgesprochen wurde'<sup>37</sup> Es kann plausibel vermutet werden, daß sich die Situation im Deutschen Reich / Bundesrepublik Deutschland nicht so ganz anders ausnimmt.

## **Nationalsozialismus als konsequenterer Sozialismus**

Das Beispiel des zeitgenössischen Österreichs macht deutlich, daß sich als Alternative zur Regierungsbildung von 1933 in Deutschland zwischen der traditionellen Rechten und dem

<sup>35</sup> S. [https://de.wikipedia.org/wiki/Max\\_Adler\\_\(Jurist\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Max_Adler_(Jurist))

<sup>36</sup> S. Nachweise bei *Otto Naderer*, *Der bewaffnete Aufstand. Der Republikanische Schutzbund der österreichischen Sozialdemokratie und die militärische Vorbereitung auf den Bürgerkrieg (1923-1934)*, Graz 2004., S. 321 und 340.

<sup>37</sup> S. *Reinhardt Olt*, in: *FAZ* vom 14.02.2005, S. 10 mit der Unterüberschrift: „Zum Gedenktag stellt sich die SPÖ dem dunkleren Teil ihrer Parteigeschichte.“

Nationalsozialismus wohl nur die Funktionsunfähigkeit des Parlaments ergeben und damit wohl ziemlich sicher - entsprechend der Situation in Österreich - ebenfalls das Ende der Demokratie in Deutschland (als Selbstausschaltung des Parlamentarismus), so daß es allenfalls nur noch eine Frage war, unter welcher Konstellation dies herbeigeführt würde: So das verbreitete Gefühl, das durch andere zeitgenössische Demokratieuntergänge auch naheliegend erschien. Diese Funktionsunfähigkeit des Parlaments wäre auf den gegenseitigen Haß der Sozialisten SPD, KPD und NSDAP zurückzuführen, der deshalb nur eine Koalition von Rechtsparteien mit einer maßgeblichen sozialistischen Partei erlaubte, was aber die Sozialdemokratie wegen der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse nicht mehr sein konnte.

Es gilt daher den gegenseitigen Haß der Sozialisten zu erklären, welcher als Alternative zur Regierungsbildung von 1933 nur die Funktionsunfähigkeit des Parlamentarismus als Alternative ließ (und dies bei Ablehnung eines Präsidialregimes). Daß die deutsche Sozialdemokratie nicht zur Diktatur bereit war (eher noch die österreichische), hat *Friedrich August v. Hayek* wie folgt<sup>38</sup> zu erklären versucht: „Daß der Sozialismus nur mit Methoden verwirklicht werden kann, die die meisten Sozialisten ablehnten, ist natürlich vielen Sozialreformern der Vergangenheit nicht entgangen. Die alten sozialistischen Parteien, gehemmt durch ihre demokratischen Ideale, brachten die Rücksichtslosigkeit nicht auf, die zur Durchführung des von ihnen gewählten Zieles erforderlich war. Charakteristischerweise setzte sich sowohl in Deutschland wie in Italien der Faschismus erfolgreich durch, nachdem die sozialistischen Parteien sich der Übernahme der Regierungsverantwortung entzogen hatten. Sie waren in keiner Weise zur Anwendung der Methoden bereit, für die sie selbst den Weg gewiesen hatten...“.

Wahrscheinlich ist diese Sicht von *v. Hayek* wohl etwas zu verständnisvoll für die über den Rechtrevisionismus immerhin zur Akzeptanz der bürgerlichen Republik bereiten Sozialdemokraten, die aber die Weimarer Republik in ihrer Mehrheit ebenfalls nicht sonderlich liebten, auch wenn sie die feindliche Propaganda damit identifizierte; sie hatten ja eine sozialistische gewollt und keine bürgerliche, die sie aufgrund des notwendigen Bündnisses mit der Reichswehr als Kompromiss akzeptieren mußten: „Republik, das ist nicht viel, Sozialismus heißt das Ziel!“, war denn ein Motto zumindest am Rande der Partei, das etwa vom späteren bundesdeutschen Demokraten *Willy Brandt* seinerzeit vertreten wurde. Trotzdem dürfte die Betrachtung von *v. Hayek* - auf der ideologischen Ebene gesprochen - den Haß von Sozialdemokraten sowohl auf Kommunisten als auch auf Nationalsozialisten erklären: Die Nationalsozialisten waren - neben den Kommunisten, die sich aber erst als diktatorische DDR-Partei staatsparteilich durchsetzen sollten - bereit, die Methoden anzuwenden, welche die sozialistischen Klassiker (*Marx, Engels, Lassalle* etc.) für erforderlich hielten, um den Sozialismus einzuführen. Die vor der Revolution in Deutschland erfolgte Machtübernahme des aus der russischen Sozialdemokratie hervorgegangenen Bolschewismus hatte bei der SPD-Mehrheit zu einem Schock geführt, wie an der unvermittelten Reaktion des Chefideologen *Kautsky* ersehen werden kann. Er stellte sich nämlich spontan die Frage, ob man den „Sozialismus über Bord werfen“ müsse, wenn das „Endziel“, hinsichtlich dessen er noch Übereinstimmung von Sozialdemokratie und Bolschewismus erkannte, besser oder nur auf der Grundlage des Privateigentums zu erreichen wäre. *Kautsky* schaffte aber schließlich gedanklich die Rettung der sozialistischen Idee, indem er den bolschewistischen Staatsstreich und den sich schnell abzeichnenden Staatsterror als „die letzte bürgerliche, nicht die erste der sozialistischen Revolutionen“ erkannte. Angemessener ist es jedoch, gerade im *terreur* der „bürgerlichen“ Französischen Revolution den Ausgangspunkt des modernen Sozialismus zu sehen. Bei der in dieser Weise dialektisch begründeten Aufrechterhaltung der marxistischen Theorie konnte der SPD ihr demokratisches

<sup>38</sup> S. *Friedrich August v. Hayek*, *Der Weg zur Knechtschaft*, Rentsch 1943, S. 176 f.

Verhalten zugunsten der Weimarer Republik jedoch gerade von ihren besonders überzeugten (ehemaligen) Anhängern und den von ihr ausgebrüteten Radikalsozialisten als „Verrat“ vorgehalten werden.

Der Faschisten-Führer *Benito Mussolini*, der ja nicht nur bloßer Sympathisant der (italienischen) Vorkriegssozialdemokratie gewesen war, sondern ihr maßgebliches Mitglied des linken Parteiflügels, hat das Verhältnis von Faschismus zum (klassischen) Sozialismus nachvollziehbar definiert: „Wir erklären uns zu Häretikern!“<sup>39</sup> Die daraus abgeleitete Strategie war: Der Faschismus würde im Gleichklang mit der klassischen Linken das bürgerliche / liberale Verfassungssystem zu Fall bringen, um sich gleichzeitig eine Machtbasis mit Hilfe derer zu schaffen, die sich durch die Linke dabei bedroht fühlen würden. Diese Strategie ist *Mussolini* eingefallen, als er feststellen mußte, daß es zu schwierig war, innerhalb des Wählerpotentials der Linken, bei der er sich seine Machtbasis suchen wollte, neben den mittlerweile etablierten Sozialisten (Sozialdemokraten) und deren kommunistischer Abspaltung eine dritte Partei zu etablieren. Dies erforderte mittels des Nationalismus ein Ausgreifen auf andere Wählerschichten, wie etwa auf enttäuschte Kriegsteilnehmer. Dazu war *Mussolini* dann plötzlich bereit, sich als Vertreter der extremen Rechten zu definieren und die entsprechende parlamentarische Sitzzuweisung zu fordern. Als die Konservativen dieses Spiel durchschauten, appellierte er sofort an die Sozialisten und Linkskatholiken, eine Allianz mit ihm zu bilden. Erst am Ende, nach seiner Absetzung konnte *Mussolini* noch eine Italienischen Soziale Republik ausrufen, für deren Konzipierung er den langjährigen Kommunisten und Freund von *Lenin*, *Nicola Bombacci*,<sup>40</sup> der zu den Faschisten übergegangen war, rekrutierte. Dies erinnert an das Bedauern *Hitlers*, sich auf die Legalitätstaktik eingelassen, sich etwa beim sogenannten „Röhmputsch“ auf Seiten des traditionell eingestellten Militärs (und angehenden Wehrmacht, derzeit aggressiv-kämpferisches Bewältigungsobjekt einer Bundesministerin) geschlagen zu haben, statt den „Schlag gegen rechts“ zu führen (was nunmehr besagte Bundesministerin macht) und ähnlich wie *Stalin* das Militär von den feudalistischen Resten zu einer Revolutionsarmee zu säubern.

Eine derartige wahlstrategisch wichtige Synthese im Sinne von *Mussolini* - und letztlich auch von *Hitler* - konnte gelingen, wenn man bei der marxistischen Theorie das Proletariat als Agens des Fortschritts durch die Nation ersetzt und das jeweilige Volk zur proletarischen Nation erklärt, die international die Umverteilung fordert, welche der Sozialismus traditionell auf die innerstaatliche Umverteilung reduziert hat: In der Tat eine mangelnde Konsequenz! Diese Fortentwicklung des traditionellen Sozialismus zum „Faschismus“ hatte sich schon aus der Kriegspropaganda<sup>41</sup> aus Kreise der Sozialdemokratie ergeben. Dieser Ansatz trat unabhängig vom italienischen Faschismus zeitgleich auch beim schließlich zum Maoismus führenden zeitgenössischen chinesischen Marxismus<sup>42</sup> zutage, der die internationalen Auseinandersetzungen dann sogar als Rassenkampf verstand (der an die Stelle des Klassenkampfes oder diesen verschleiern getreten wäre). Dies war zwar eine Modifikation des Marxismus, griff aber mehr oder weniger bewußt andere sozialistische Lehren auf, wie etwa die eines *Lassalle*, so daß man den Bezug auf den Marxismus letztlich auch aufgeben konnte - wie zuletzt in Nord-Korea<sup>43</sup> geschehen.

<sup>39</sup> S. *Joshua Muravchik*, Heaven on Earth. The Rise and Fall of Socialism, 2002, S. 152.

<sup>40</sup> S. [https://de.wikipedia.org/wiki/Nicola\\_Bombacci](https://de.wikipedia.org/wiki/Nicola_Bombacci)

<sup>41</sup> S. dazu den 4. Teil der vorliegenden Sozialismusbewältigung: Weltkrieg als Weltrevolution - vom sozialdemokratischen Marxismus zum Nationalsozialismus <http://links-enttarnt.net/?link=komentare&id=103>

<sup>42</sup> s. zu diesem: Der „Kampf gegen rechts“ in der Volksrepublik China - Massenmord und Menschenexperiment <http://links-enttarnt.net/?link=komentare&id=108>

<sup>43</sup> S. Sozialismus als Faschismus und Nationalsozialismus: Betrachtungen zu Nord-Korea <http://links-enttarnt.net/?link=komentare&id=94>

Die Auffassungen von *Lassalle* waren innerhalb der Sozialdemokratie verdrängt worden, weil in Deutschland (ähnlich in Italien) durch die Herstellung der staatlichen Einheit durch nichtsozialistische Kräfte dem Nationalismus das revolutionäre Potential abhanden gekommen und der politischen Linken entrissen worden war. „Ein wirkliches Zurückgehen auf Lassalle wäre nur zu einer Zeit möglich gewesen, in der das Bekenntnis zum Nationalen als Protest gegen die gegebene Ordnung und nicht wie früher als Ausdruck des Sättigtseins aufgefaßt werden konnte. Die Zeit nach dem ersten Weltkrieg bot zu einer solchen Synthesis zwischen Nationalismus und Sozialismus eine einzigartige Chance.“<sup>44</sup> In der Tat schien sich zu dieser Zeit eine *Lassalle*-Renaissance anzudeuten. Jedoch: „Die deutsche Sozialdemokratie stand zu sehr im Banne des Marxismus und seiner feindlichen Stellung zum nationalen Moment als daß eine Weiterentwicklung der Lassalleschen Theorie ... möglich gewesen wäre“ (*Ramm*). Dies hat dem Faschismus / Nationalsozialismus den Aufstieg ermöglicht, der die Chance ergriff, umzusetzen, was gewissermaßen ideologisch in der Luft lag, aber von der Sozialdemokratie nicht aufgegriffen bzw. nicht konsequent fortgeführt wurde, nämlich Nationalismus und Sozialismus wieder zusammenzuführen. Der Versailler Vertrag hatte in Deutschland den Internationalismus und die auf ihn gesetzten Hoffnungen und damit vor allem die Sozialdemokratie völlig diskreditiert. Die Rede von *Wels* gegen das Ermächtigungsgesetz ist in diesem Kontext zu verstehen. Die dabei gespielte Karte des Nationalismus hat zeitgenössisch angesichts der Verelendung durch die Weltwirtschaftskrise, die auf den Versailler Vertrag zurückgeführt werden konnte, nicht mehr überzeugt, was die nachfolgende außenpolitische Loyalitätserklärung und das völlige Scheitern des internationalistischen Sozialismus in der Saarfrage und dann auch in Bezug auf Österreich nachvollziehbar macht.

Dies erklärt den speziellen Haß der international ausgerichteten Sozialisten auf den nationalistischen Nationalsozialismus, weil dieser stillschweigend aufgriff, was die Sozialdemokratie verdrängt hatte und wohl auch vergessen wollte: Sie bekämpfte beim Nationalsozialismus gewissermaßen ihre eigenen Wurzeln, auch wenn sie dies nicht wahrhaben wollte; denn „mit Lassalles Demokratiebegriff zeichnen sich die Möglichkeiten ab, an denen die Demokratie im 20. Jahrhundert scheiterte. Der Nationalsozialismus benutzte die Demokratie der Weimarer Republik zu eben den gleichen Zwecken, wie sie Lassalle seiner Demokratievorstellung unterschob. Es mag als Ironie der Geschichte erscheinen oder als List der Vernunft, daß der Lassallesche Demokratiebegriff in der deutschen Sozialdemokratie als Hinwendung zum Staat interpretiert wurde, daß die Sozialdemokratie auf Grund eben dieser Haltung die totalitäre Tendenz des ursprünglichen Lassalleschen Begriffs - in der nationalsozialistischen Ideologie – bekämpfte.“<sup>45</sup> Ähnlich ist der Haß von *Kautsky* auf die Bolschewiken zu erklären, weil er zwar wußte, es sich aber nicht eingestehen wollte, daß sich die Kommunisten zu Recht auf die sozialdemokratischen Parteihelden *Marx* und *Engels* beriefen.

Wenn der spätere SPD-Vorsitzende *Kurt Schumacher* den Nationalsozialismus als „Dauerappell an den inneren Schweinehund“ bekämpfte, dann verweist dies auf die Problematik von *Lassalle*, die dessen Biograph *Ramm* wie folgt zusammengefaßt hat: „Man darf nicht an der Tatsache vorbeigehen, wie rasch sich Grillparzers Wort erfüllt hat, daß der Weg der deutschen Bildung von der Humanität durch die Nationalität zur Bestialität gehe. Der kurze Zeitraum, der zwischen Goethes Tod und Lassalles erstem öffentlichem Auftreten lag, genügte, daß ein Denker von dem geistigen Niveau eines Lassalle den politischen Terror

---

<sup>44</sup> So *Thilo Ramm*, Ferdinand Lassalle als Rechts- und Sozialphilosoph, 1952.

<sup>45</sup> S. *Hermann Ebeling*, Der Begriff „Demokratie“ in den sozialistischen Ideologien - Marx, Lassalle, Engels-Dissertation der Universität Heidelberg, 1964.



und die Ausrottung von Völkern mit dem Humanitätsideal verbinden konnte. Lassalle blieb freilich noch auf die Theorie beschränkt, er ist insofern nur der große Vorläufer jener Weltanschauungen, die die ... Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts gestaltet haben“, wozu dann unstreitig der Nationalsozialismus gehört. Selbst bei dem entschiedenen Gegner des Nationalsozialismus und des Kommunismus („rot lackierte Nazis“, was ebenfalls auf eine gemeinsame Wurzel hinweist), *Kurt Schumacher* (SPD), gibt es dabei eine Problematik, die sich daran zeigt, daß er die Publikation seiner Promotion zu verhindern suchte. Er fühlte wohl, daß sie den Positionen seines der Sozialdemokratie nahestehenden Dr. Vaters *Johann Plenge* ähnelte, welcher sich inzwischen bemühte, sich bei den Nationalsozialisten als Begründer ihres Nationalsozialismus anzudienen.<sup>46</sup> Und wohl ein Grund ist, daß die heutige SPD von ihrem Nachkriegsvorsitzenden so gut wie nichts mehr wissen will.

Trotz der Feindschaft von Sozialdemokraten gegen den Nationalsozialismus, für den es insoweit spezifische (innersozialistische) Gründe gegeben hat, stellt dies keinen Grund dafür dar, die Sozialdemokratie von der ansonsten geforderten Vergangenheitsbewältigung auszunehmen: „Das Phänomen des 'Dritten Reiches' kann nur aus der Entwicklung der *ganzen* deutschen Gesellschaft seit der Jahrhundertwende, vor allem seit 1914, erklärt werden. Es gibt *keinen* Teil des deutschen Volkes, der im Laufe des ersten Vierteljahrhunderts *keinen* Anteil an seiner Entstehung genommen hätte und an seiner weiteren ideologischen und organisatorischen Ausbildung völlig unschuldig wäre. ... So hat es ... auch zahlreiche Sozialdemokraten gegeben, welcher nur durch ihre 'Rasse' oder durch ihre sonstige Untragbarkeit für die NSDAP daran gehindert worden sind, zu Hitler überzugehen. Ebenso wenig ... kann also die deutsche Sozialdemokratie ohne weiteres von der Mitschuld an der Entstehung und Entwicklung des Nationalsozialismus freigesprochen werden, ja sie - im Hinblick auf ihren lassalleanischen und späteren 'mehrheits-sozialdemokratischen' Flügel - sogar am allerwenigstens. Die deutsche Sozialdemokratie hätte also gut daran getan, nach 1945 ihre eigene Vergangenheit selbstkritisch zu untersuchen, nicht nur im Hinblick auf jene politischen Fehler, welche die Machtergreifung der NSDAP erst ermöglicht haben, sondern vor allem in Bezugnahme auf jene theoretischen Positionen, welche dem Nationalsozialismus ideologisch Vorschub leisten mußten.“<sup>47</sup>

## **Praktischer Sozialismus als Grundlage des Krieges**

Der Preis für die NS-Sozialgesetzgebung zur Integration der ehemaligen SPD- und KPD-Wähler als Machtbasis des Regimes lag in der rapiden Staatsverschuldung, mit der auch die großteils als Beschäftigungspolitik konzipierte Aufrüstung finanziert wurde. Vor Ausbruch des Weltkrieges hätte deshalb der Staatsbankrott verkündet werden müssen und die Sozialleistungen wären zu kassieren gewesen. Aus dieser Perspektive erscheint dann der Krieg als Ausweg, ermöglichte dieser doch die Verlagerung der deutschen Sozialstaatskosten auf besetzte Länder. Die Ausplünderung war wiederum wesentliche Voraussetzung, daß der Krieg für Otto Normalverbraucher (ein NS-Begriff!) bei für Kriegszeiten milder Steuerbelastung zwar Entbehrung, die bei *Aly* doch zu kurz kommt, aber anders als gegen Ende des Ersten Weltkrieges keine Hungersnot bedeutet hat. Den besetzten Ländern wurden Besatzungskosten auferlegt, die in einheimischer Währung zu begleichen waren, wobei in künstlich festgesetzten Währungsparitäten bei Mutierung zu reinen Binnenwährungen das wesentliche Ausbeutungselement lag. Zur Währungsdeckung wurden besetzte Staaten zu

---

<sup>46</sup> S. *Dieter Krüger*, Nationalökonomien im wilhelminischen Deutschland, 1983, S. 230 f.

<sup>47</sup> So der unorthodoxe Marxist *Willy Huhn*, *Der Etatismus der Sozialdemokratie. Zur Vorgeschichte des Nazifaschismus*, mit einem Vorwort von *Clemens Nachtmann*: Die deutsche Sozialdemokratie als Partei des „Nationalsozialismus“ und biographischen Anhang von *Ralf Walter*, Freiburg 2003).

sozialrevolutionären Maßnahmen, das heißt zur Enteignung unerwünschter Bevölkerungsgruppen gezwungen, die man zur Wahrung des Anscheins der Völkerrechtskonformität wiederum mit Staatstiteln „entschädigte“, wodurch etwa Juden formal zu Staatsgläubigern wurden. Aus dieser Perspektive stellt dann der Holocaust, Endprodukt des sozialistischen Antisemitismus, die sozialrevolutionäre Beseitigung von Staatsgläubigern zur Abwendung des Staatsbankrotts dar. Die tödlichen Konsequenzen ergaben sich insbesondere, als durch kriegsbedingten Rückgang der Nahrungsmittelproduktion in besetzten Ostgebieten der Krieg zur Abwehr des Staatsbankrotts und der möglichen Hungersnot in Deutschland nur noch durch Ausschaltung von Mitessern fortgeführt werden konnte. Insofern hat der Holocaust eine Verwandtschaft mit der sowjetischen Kulaken-Vernichtung, diesem, wie *Heller / Nekrich*<sup>48</sup> es nennen, „ersten sozialistischen Genozid“, wo man zur Versorgung der städtischen Bevölkerung, der Machtbasis des Sowjetregimes, nach Rückgang der Nahrungsmittelproduktion durch die Totalsozialisierung den millionenfachen Hungertod von vermutlichen Systemgegnern herbeiführte.

### **Fortwirken des NS in der BRD**

Einer ehrlich zu nennenden „Bewältigung“, die sich dem genuinen sozialistischen Selbstverständnis des Nationalsozialismus stellt, stehen zahlreiche machtpolitische Gründe entgegen. Wenn das Bewältigungsbedürftige des Nationalsozialismus weniger im Nationalismus, sondern vielmehr im Sozialismus liegt, dann delegitimiert dies schon den moralischen Anspruch des amerikanischen Kriegsbündnisses mit der sozialistischen Sowjetunion und deren Befreiungscharakter. Zu den Machtinteressen gehört auch die für westliche Demokratien außergewöhnliche bundesdeutsche Parteiverbotskonzeption, die ihre Rechtfertigung darin findet, daß *Hitler* legal an die Macht gekommen ist. Und wohl wieder eine Chance hätte, weil sonst die Verbotsideologie keinen Sinn ergäbe.

In der Tat kann eine entsprechende Kontinuität zwischen Nationalsozialismus und BRD festgestellt werden, welche im Sozialstaatlichen liegt: Die Entnazifizierung war zum Beispiel nie so konsequent, etwa den 1. Mai als amtlichen Feiertag abzuschaffen. Wenn es um sozialstaatliche Errungenschaften geht, hört bei den Bundesdeutschen die „Bewältigung“ sehr schnell auf. Es waren jedoch die sozialstaatlichen Gesetze, die, so *Aly*, „den nationalen Sozialismus populär machten und in denen auch Konturen der späteren Bundesrepublik Deutschland durchscheinen“ (*Aly*). Der spätere Bundesdeutsche zeichnete sich auch ab, indem *Hitler* die Sozialgesetzgebung und deren Vervollkommnung in Kriegszeiten notwendig fand, weil er wußte, daß die Deutschen von 1939, anders als 1914, keinen Krieg aus bloßem Patriotismus unterstützen würden: Es war bei den Deutschen einfach nicht genug Nationalismus vorhanden, jedoch Sozialismus! Der Nationalismus der Deutschen war nämlich - anders als der Sozialismus - so wenig ausgeprägt, daß es *Hitler* nie hätte wagen können, wie *Churchill* eine „Schweiß- und Tränenrede“ zu halten, die Steuern massiv zu erhöhen und Staatsanleihen auf dem Kapitalmarkt zur Kriegsfinanzierung zu plazieren. Dieser Mangel an Nationalismus mußte sozialistisch ausgeglichen werden. Wie dies finanziert werden konnte, interessierte „Otto Normalverbraucher“ nicht, wie es im allgemeinen auch den Bundesdeutschen nicht interessiert, wie sein Sozialstaat, also die „soziale Gerechtigkeit“ finanziert wird. Eine wirkliche „Bewältigung“ des NS könnte vielleicht zu der Folgerung führen: Nie wieder Sozialismus, nie wieder Staatsverschuldung und damit Nichtwahl von

---

<sup>48</sup> S. *Mikhail Heller / Aleksander Nekrich*, Utopia in Power. The History of the Soviet Union from 1917 to the Present, New York 1986

Politikern, die „soziale Gerechtigkeit“, d.h. Staatsverschuldung und nunmehr sogar die Europäisierung derselben versprechen!

### **Hinweise:**

Der Beitrag faßt einen in fünf Teilen erschienen Beitrag des Verfassers für die libertäre Zeitschrift „eigentümlich frei“ (ef) zusammen, der im Zusammenhang mit den Feiern zum 150. Jahrestags der Gründung der SPD durch *Lassalle* erschienen ist:

- [Sozialdemokratie und Nationalsozialismus: Heil Dir, Lassalle!](#)  
*ef 132, Seite 26 (Teil 1)*
- [SPD und Nationalsozialismus \(Serie\): Heil Dir, Lassalle! \(Teil 2\)](#)  
*ef 134, Seite 45*
- [SPD und Nationalsozialismus \(Serie\): Heil Dir, Lassalle! \(Teil 3\)](#)  
*ef 135, Seite 52*
- [SPD und Nationalsozialismus \(Serie\): Heil Dir, Lassalle! \(Teil 3\)](#) [4]  
*ef 138, Seite 48*
- [SPD und Nationalsozialismus: Heil Dir, Lassalle! \(Teil 5, Abschluss\)](#)  
*ef 139, Seite 47*

Außerdem werden die Ausführungen in dem Beitrag: Hitlers Volksstaat: Was man bewältigen könnte. Der tief fundierte Sozialismus der NSDAP (letztlich die Besprechung des Buches von *Götz Aly*, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt 2005) eingearbeitet

[file:///D:/Downloads/ef052-screen%20\(2\).pdf](file:///D:/Downloads/ef052-screen%20(2).pdf)

*ef 52, Seite 38*

Die Redaktion von [www.links-enttarnt.net](http://www.links-enttarnt.net) bedankt sich für die Erlaubnis zum überarbeiteten Abdruck dieser Beiträge bei der Redaktion der Zeitschrift *eigentümlich frei*:

<http://ef-magazin.de/>

Der vorliegend zusammenfassende und überarbeitete Beitrag stellt außerdem eine Ergänzung zum Werk des Verfassers dar:

### **Josef Schüßlburner, Roter, Brauner und Grüner Sozialismus. Bewältigung ideologischer Übergänge von SPD bis NSDAP und darüber hinaus, 2008 Lichtschlag Medien und Werbung KG**

ISBN-10: 3939562254

ISBN-13: 978-3939562252

Dieses Buch ist im März 2015 in unveränderter 3. Auflage wieder erschienen und nunmehr auch in einer Kindle-Edition für 6,99 € erhältlich.

[Bei Amazon bestellen](#)

